

sentenzen geben. (XNA, 9.,16., 18. und 24.1.98) -schü-

SVR Hongkong

30 Neue Liste der ranghöchsten Persönlichkeiten erstellt

Führende chinesische Amtsträger werden in einer Aufstellung der ranghöchsten Persönlichkeiten Hongkongs nicht länger aufgeführt.

Die Liste wurde innerhalb der Hongkonger Verwaltung in Absprache mit dem Beijinger Büro für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus erstellt. Sie ist wichtig für das Protokoll bei hohen offiziellen Anlässen: Auf Grundlage der Liste werden die Gäste eingeladen, die Reihenfolge der Nennungen bestimmt über die Sitzordnung und die Aufreihung bei der Begrüßung hoher Würdenträger.

Vor dem Souveränitätswechsel zählte der britische Befehlshaber der in Hongkong stationierten Truppen zu diesem Kreis der VIPs, sein chinesischer Nachfolger wurde von der Liste gestrichen. Auch andere Beijinger Repräsentanten, wie der Beauftragte für Auswärtige Angelegenheiten und der Direktor der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong, sind nicht länger aufgeführt.

In die Liste aufgenommen wurden dagegen die Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen, während unter britischer Herrschaft nur die Repräsentanten der christlichen Kirchen aufgeführt waren.

Als ranghöchste Persönlichkeit wird der Chief Executive genannt, auf den Plätzen zwei bis fünf folgen der Chief Justice of the Court of Final Appeal, Chief Secretary for Administration, Financial Secretary und Secretary for Justice. Darüber hinaus werden 16 weitere Positionen und Ämter aufgelistet. (SCMP, 10.1.1998)

Die revidierte Liste der VIPs reflektiert nur mit Einschränkungen die neuen Machtverhältnisse in Hongkong. Das Streichen der Repräsen-

tantan Beijings sollte eher als symbolhafte Geste für die Eigenständigkeit der ehemaligen Kronkolonie verstanden werden. -mü-

31 Registrierung der Wahlberechtigten abgeschlossen - Erfolg oder Mißerfolg?

Bis zum Ablauf der Frist am 16. Januar ließen sich rund 70% der knapp vier Millionen Hongkonger Wahlberechtigten ins Wahlregister eintragen. Nur wer jetzt registriert ist, kann bei der ersten Wahl des Legislativrats unter chinesischer Herrschaft im kommenden Mai seine Stimme abgeben.

Von den Medien wurde dieses Ergebnis zumeist als Mißerfolg für die Regierung interpretiert, die mit dem ambitionierten, aber unrealistischen Ziel, alle Stimmberechtigten zu erreichen, angetreten war. Als die Registrierung dann nur sehr schleppend anließ, startete die Verwaltung im letzten Dezember mit großem finanziellen Aufwand eine Kampagne, um die Popularität der Wahl zu erhöhen.

Nach geltendem Recht werden in Hongkong drei Wählerschaften, deren Stimmen ungleich gewichtet sind, voneinander unterschieden: 1. die geographischen Wahlkreise, 2. die branchenbezogenen und berufsständischen Wahlkreise und 3. das Auswahlkomitee, dem ausgewählte Mitglieder aus Politik und Wirtschaft angehören. Das Gewicht der einzelnen Stimme ist in der ersten Gruppe am geringsten, in der dritten am stärksten. (Ausführlich: C.a. 1997/8, Ü 22)

Um in den geographischen Wahlkreisen Erstwähler und solche Stimmberechtigte zu erreichen, die bei den früheren Wahlen unter britischer Souveränität ihre Eintragung versäumt oder abgelehnt hatten, wurden ambulante Registrierungsstellen in sozialen Einrichtungen, Universitäten und dichtbesiedelten Nachbarschaften eingerichtet. 30.000 Schüler und Studenten zogen als „Botschafter“ mit Wahllisten von Tür zu Tür. Im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 1995 konnte die Zahl der Eintragungen dadurch um 10% gesteigert werden. Das entspricht der höchsten Beteiligung, die

bei Wahlen bislang erreicht wurde. (SCMP, 20.1.1998)

Trotz diesbezüglicher Anstrengungen blieben die Meldungen der wahlberechtigten Gruppen und Organisationen jedoch weit hinter den offiziellen Erwartungen zurück. Nur knapp die Hälfte der 200.000 Stimmberechtigten in den sogenannten „functional constituencies“ (diese branchenbezogenen und berufsständischen Wählerschaften umfaßten unter Patten zuletzt fast 2 Mio. Personen) wurden hier registriert. (XNA, 21.1.1998; FT, 3./4.1.1998)

Der Verlauf der Registrierung wurde von einem starken Medieninteresse und der Kritik demokratischer Gruppen begleitet, denen allerdings nur ein begrenztes öffentliches Interesse gegenüberstand. Für die Hongkonger Regierung ist die Wahl im Mai vor allem eine Frage des Prestiges und eine Demonstration „demokratischer“ Prinzipien. Eine Beschränkung exekutiver Macht muß sie aufgrund des restriktiven Wahlrechts und der schwachen Stellung des Legislativrats im politischen System kaum fürchten. -mü-

32 Polizei und Kommission gegen Korruption legen Jahresbilanzen vor

Die Verbrechensrate in Hongkong ist im Jahr 1997 auf das niedrigste Niveau seit mehr als 20 Jahren gesunken und im Vergleich zum Vorjahr um 15% zurückgegangen. Polizeichef Eddie Hui Ki-on wies darauf hin, daß die Aktivität der Triaden in Hongkong offenbar eingedämmt werden konnte. Hier wurden 17% weniger Verbrechen registriert als im Vorjahr. Im Hinblick auf die Gewährung demokratischer Grundrechte stellte er - zutreffend - fest, daß nach dem Souveränitätswechsel keine einzige Demonstration verboten worden ist. (XNA, 14.1.1998, NZZ, 29.1.1998)

Befürchtungen, daß Korruptionsdelikte in Hongkong nach der Machtübernahme durch die VR China zunehmen würden, nannte die Leiterin der Independent Commission Against Corruption (ICAC), Lily Yam Kwan Pui-yung, auf einer Pressekonferenz bislang unbegründet. Die Zahl der ihrer Or-

ganisation gemeldeten Verdachtsfälle sei mit 3.086 für 1997 gegenüber 3.057 für das Jahr zuvor praktisch gleich geblieben. Von diesen Korruptionsvorwürfen betrafen etwa die Hälfte die private Wirtschaft, hier besonders den Bau-, den Finanz- und den Immobiliensektor. 41% betrafen Staatsbehörden (einschließlich Polizei) und 6% entfielen schließlich auf andere öffentliche Einrichtungen. Als Zeichen des Vertrauens in die Arbeit der ICAC wertete Yam, daß die meisten Personen, die Korruptionsfälle zur Anzeige brächten, nicht Anonymität beanspruchten, sondern ihren Namen angäben.

Zu Fragen, ob sich in der gegenwärtigen Finanzkrise Vorwürfe von Betrugsdelikten und Korruption wieder häufen, und ob die ICAC auch im Fall des Zusammenbruchs des Investment-Hauses Peregrine ermittelt, nahm die Leiterin des ICAC nicht Stellung. (AWSJ, 21.1.1998)

Die Jahresberichte von Polizei und Antikorruptionskommission bekräftigen insgesamt den Eindruck der letzten Monate, daß es nach dem Abzug der Briten keine gravierenden Eingriffe in die Polizeiarbeit und in die Funktionstüchtigkeit der ICAC seitens der chinesischen Machthaber gegeben hat. -mü-

33 Erhöhung der Übersiedlungsquote für Kinder vom Festland

Wie die Guangdonger Polizei kürzlich bekanntgab, ist die Tagesquote für die Übersiedlung von Kindern vom Festland in die SVR Hongkong im Januar 1998 von 45 auf 60 erhöht worden. Gegenwärtig sollen 67.000 Kinder vom Festland, deren Eltern in Hongkong leben, auf die Übersiedlung nach Hongkong warten. Die Erleichterung wurde gewährt, um die lange Warteschlange schneller abzubauen. Wenn pro Tag 60 Kinder einreisen, dauert es immer noch gut zwei Jahre, bis alle Kinder übersiedelt sind. Durch die neue Regelung ändert sich allerdings die Gesamtquote von 150 Übersiedlern pro Tag nicht. Das bedeutet, daß für die 15 Kinder, die pro Tag mehr einreisen dürfen, 15 Erwachsene weniger nach Hongkong hereinge-

lassen werden. (SCMP, Internet Edition, 17.1.98) Eine Begrenzung der Einreisquote für Kinder ist vor allem deshalb erforderlich, weil nicht genügend Schulplätze für die Neuankömmlinge zur Verfügung stehen. -st-

34 Kurssturz der indonesischen Währung bringt Peregrine-Investment Bank zu Fall

Mitte Januar mußte die Hongkonger Peregrine Investment Holdings Ltd., eine der größten Investmentbanken Asiens, Konkurs anmelden. Der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Philip Tose, führte den Zusammenbruch vor allem auf den enormen Wertverlust der indonesischen Währung zurück. Keiner habe mit einer derartigen Entwicklung gerechnet. Tose zufolge war das Unternehmen "...caught as a result of our illiquidity and a meltdown in currencies". (AWSJ, 14.1.98)

Bereits im November 1997 waren Rettungsversuche unternommen worden. So hatte die Schweizer Finanz- und Versicherungsgruppe Zürich Centre Investment (ZCI) zunächst zugesagt, ein Aktienpaket in Höhe von 25% des Stammkapitals in Form von Peregrine-Vorzugsaktien mit einem Volumen von 200 Mio. US\$ zu kaufen. Im Januar wurde diese Zusage jedoch zurückgenommen, da sich nach ZCI die „Marktbedingungen“ geändert hätten. So war zwischenzeitlich der Börsenkurs der Peregrine-Aktien von rd. 8 HK-Dollar auf 4,3 HK-Dollar gefallen, bevor der Handel von der Börsenaufsicht eingestellt wurde. (SZ, 13.1.98)

Wie stark Peregrines Umsatz von Geschäften in Indonesien und Thailand abhing, spiegelt sich am prozentualen Anteil dieser Länder in Höhe von 38% und 20% an den gesamten Wertpapiertransaktionen des Jahres 1996 (Company Annual Report 1996) wider. Auf Hongkong und China entfielen Anteile von 15% und auf die anderen asiatischen Länder, deren Währungen ebenfalls stark an Wert verloren haben, weitere 13% (Südkorea 5%, Malaysia 4%, Singapur 4%) (AWSJ, 8.1.98).

Der Kurssturz der asiatischen Währungen führte zu einem Wertver-

lust des hohen Bestands asiatischer und insbesondere indonesischer „junk bonds“ (Risikopapiere). Darüber hinaus hielt Peregrine für das in Schwierigkeiten geratene indonesische Tagigroßunternehmen PT Steady Safe Schuldscheine mit einem Volumen von rd. 265 Mio.US\$. Diese Papiere verloren ebenfalls rapide an Wert im Verlauf der asiatischen Finanzkrise. Zusammen mit der Absicherung von Wertpapieren gegen Währungsrisiken war Peregrine außerdem in einem hohen Umfang in dem Devisenhandel engagiert. (AWSJ, 12.1.98)

Daß Peregrine nach Einschätzung des Hongkonger Aktien- und Firmenanalysten Simon Pritchard das „asiatische Warenlager für junk bonds“ war, wird auch mit Blick auf Anleihen im Werte von 150 Mio.US\$ für die Papierfabrik Borneo Pulp & Paper und für deren Tochterunternehmen Asia Pulp & Paper deutlich. Außerdem soll Peregrine „bond put options“ im Werte von 124 Mio.US\$ an indonesische Unternehmen wie Medco Energi, Polysindo Eka Perkiasa und APP Global Finance verkauft haben. Mit dem Handel von „junk bonds“ wurden von der entsprechenden Abteilung rd. 45% der Gewinne Peregrines eingefahren, so daß die 1994 gegründete Abteilung auf 250 Mitarbeiter aufgestockt wurde. Abnehmer der Wertpapiere mit hohem Risiko waren vor allem südkoreanische Finanzinstitute, aber auch Institute in den USA und Europa, die nunmehr von dem Zusammenbruch Peregrines stark betroffen sind. Anleihen chinesischer Firmen, sogenannte „Dragon Bonds“, wurden vor allem an indonesische und thailändische Unternehmen verkauft. (HB, 13. und 15.1.98; AWSJ, 12.1.98)

Dem *Handelsblatt* zufolge sollen sich die Schulden von Peregrine auf weit mehr als die rd. 400 Mio.US\$ belaufen, die durch indonesische Problemkredite verursacht wurden. (HB, 13.1.98) Die *South China Morning Post* berichtet, daß sich Ende Oktober 1997 das Volumen der „junk bonds“ auf 1,192 Mrd.US\$ belaufen haben soll, deren Wert weitgehend zusammengeschrumpft war.

Zu den wichtigsten Banken des Unternehmens zählen die First National Bank of Chicago, die Hong Kong &

Shanghai Banking Corp., die Deutsche Bank, die Citibank N.A., die Société Générale und die Standard Chartered Bank. Als größte Aktienteilhaber gelten die Peregrine International Holdings Ltd. (26,6%) sowie Franklin Holdings Inc. (13,4%), die restlichen 60% sind auf die Öffentlichkeit entfallende Aktien. (AWSJ, 12.1.98) Größter Einzelaktionär soll der Hongkonger Milliardär Li Ka-Shing sein, der Peregrine für die Emission von Aktien seiner Unternehmen nutzte. Auch für festlandchinesische Unternehmen, die Tochtergesellschaften an die Börse nach Hongkong bringen wollten, trat Peregrine als „underwriter“ auf. Die Verbindungen liefen dabei insbesondere über Citic (China International Trust and Investment Corp.). (HB, 13.1.98)

Zum Konkursverfahren ist Price Waterhouse als Wirtschaftsprüfungsfirma zugezogen worden. Ein Vertreter von Price Waterhouse wies auf verschiedene Unternehmen hin, die Kaufinteresse an Teilen von Peregrine gezeigt hätten. Es bestehe die Hoffnung, daß durch den Verkauf ein Teil des Unternehmenswerts und der Beschäftigten erhalten werden könne. Vor dem Zusammenbruch beschäftigte Peregrine ca. 1.750 Arbeitskräfte in Hongkong und anderen asiatischen Finanzzentren. (AWSJ, 14.1.98) Beispielsweise soll die Banque Nationale de Paris am Erwerb der Unternehmensfinanzierungen und Wertpapieroperationen Peregrines im Raum Greater China interessiert sein. Diese werden als der attraktivste Teil Peregrines betrachtet. Geplant ist der Aufbau eines neuen Unternehmens, die BNP Prime Peregrine Ltd., in der 150 frühere Mitarbeiter von Peregrine weiterbeschäftigt werden sollen. (FAZ, 3.2.98)

Nach Einschätzung verschiedener Banker in Hongkong ist der Zusammenbruch Peregrines vor allem darauf zurückzuführen, daß das Unternehmen sich auf neues Terrain gewagt habe, anstatt beim bewährten Handel mit Hongkonger Wertpapieren, Pakethandel etc. zu bleiben. Gerade am Beispiel der Geschäftsbeziehungen zum indonesischen Taxi-Großunternehmen Steady Safe, für das Peregrine als „underwriter“ aufgetreten ist, werde das größere Risiko neuer Geschäftsfelder offensichtlich.

Auch aus Sicht des Züricher Versicherungskonzerns war wohl diese Art des Risikomanagements der Grund, warum die ursprüngliche Zusage über den Kauf eines Unternehmensanteils zurückgezogen wurde. (FT, 9.1.98) Mit der Zuspitzung der Krise Peregrines geriet auch die Börse unter Druck, und der Hang Seng-Index sank um 8,7%. (IHT, 13.1.98) Mehrere hundert Anleger und Geschäftspartner stürmten am 12.1. 98 in die Eingangshalle Peregrines und protestierten in der Öffentlichkeit. (FAZ, 13.1.98)

Die Entwicklung Peregrines mit seiner enormen Expansion über einen relativ kurzen Zeitraum und seinem dramatischen Zusammenbruch wird als Metapher für den atemberaubenden Aufstieg Südostasiens aus der Armut und die erneuten Wohlstandseinbußen gesehen. Zwei Personen stehen vor allem im Zentrum der Entwicklung Peregrines, nämlich die beiden Gründer des Unternehmens, Philip Tose und Francis Leung, der als „Vater der red chips“ die Emission von festlandchinesischen Aktien in Hongkong betrieben hat. Mit Investitionen in Höhe von 38 Mio. US\$, die von einigen der reichsten Taipane Hongkongs stammten, bauten sie 1988 das Unternehmen auf. Eine weitere Person wird mit dem Zusammenbruch in engen Zusammenhang gebracht, nämlich der älteste Sohn des indonesischen Ministerpräsidenten Suharto, Siti Hardijanti Rukmana. Zu seinen Geschäftsinteressen zählte ein Unternehmen, das gebührenpflichtige Straßen kontrollierte. Dies Unternehmen wiederum entschied sich zur Unterstützung des lokalen Taxi-Großunternehmens Steady Safe, dem Peregrine einen ungesicherten Zwischenkredit in Höhe von 260 Mio. US\$ gab. Die Investmentbank stimmte zu, im Gegenzug als „underwriter“ einer Anleihe von Steady Safe aufzutreten.

Aufgrund der Verbindung von Rukmana zum Unternehmen Steady Safe erschien das Geschäft für Peregrine wohl ohne großes Risiko zu sein. Erst mit dem Beginn der asiatischen Finanzkrise trat das Risiko zutage, denn niemand wollte mehr die Anleihe von Steady Safe kaufen. Der Börsenkurs von Steady Safe fiel dramatisch um 300% (von umgerechnet ursprünglich 1,37 US\$ auf 0,3 US\$).

Im Geschäftsverhalten Peregrines ist nach Einschätzung des Leiters der Finanzverwaltung, Sir Donald Tsang, kein Verstoß gegen Hongkonger Gesetze zu sehen. Allerdings stellt sich die Frage, ob das Unternehmen Peregrine, das eine Investmentbank und keine Geschäftsbank ist, überhaupt einen Kredit an Steady Safe vergeben durfte. Dies ist nämlich nach Hongkonger Recht nur den Banken erlaubt. Nach US-Recht ist auch die Irreführung von Investoren ein kriminelles Vergehen und müßte verfolgt werden. (IHT, 13.1.98)

Die Hongkonger Regierung sah beim Zusammenbruch Peregrines keine Notwendigkeit für ein Eingreifen. In einer Stellungnahme der Hongkonger Währungsbehörde wurde am 13.1.98 darauf hingewiesen, daß der Zusammenbruch Peregrines keine Gefahr für die Stabilität des Hongkonger Bankensystems darstelle und damit keine Notwendigkeit für eine Stützungsmaßnahme gegeben sei. Keins der Unternehmen in der Peregrine-Gruppe sei nach dem Bankrecht eine Bank oder eine bankgleiche Institution, die Einlagen annehme. Weiterhin sei die Summe der Kredite, die lokale Banken an Peregrine vergeben hätten, relativ gering. Dementsprechend sei es klar, daß der Konkurs Peregrines keinen größeren Einfluß auf das Hongkonger Bankensystem habe.

Weiterhin unterscheidet sich der Konkurs Peregrines eindeutig von dem des japanischen Wertpapierhauses Yamaichi und den Konkursen einiger großer Unternehmen in Südkorea. Diese hätten nämlich enorm hohe Bankkredite akquirieren können und mit ihrem Zusammenbruch dann das Bankensystem destabilisiert. Im Falle Peregrine hätte dagegen sofort nach dem Bekanntwerden der Probleme die Kommission für Wertpapiere und Terminhandel das Unternehmen angewiesen, seine Geschäfte einzustellen. (*Wen Hui Bao*, Hong Kong, in Chinese, 13.1.98, nach SWB FE/D3124/CNS 14.1.98)

In einem Interview zeigte sich Philip Tose von der Entscheidung der Hongkonger Regierung, sein Unternehmen nicht vor dem Konkurs zu bewahren, sehr enttäuscht. Allerdings müsse er akzeptieren, daß für die Verwendung

öffentlicher Gelder strenge Bedingungen gelten würden. Hierzu zähle beispielsweise die Gefahr einer Krise des Bankensystems, die offensichtlich mit Blick auf die weitere Reaktion des Marktes nicht gegeben sei. (RTHK Radio 3, Hong Kong, in English, 13.1.98, nach SWB FE/D3124/CNS 14.1.98)

In einem Kommentar im *Asian Wall Street Journal* vom 13.1.98 wird am Beispiel Peregrines auf die Gefahr hingewiesen, die von der starken Abhängigkeit von politischen Beziehungen - *guanxi* - ausgehe. So sei die Entwicklung hin zur Zahlungsunfähigkeit durch das Geschäft mit Steady Safe hervorgerufen worden, das wiederum auf die politischen Beziehungen zur Suharto-Familie zurückgehe. Diese *guanxi* hätten Peregrine jedoch nicht geholfen, als die Finanzkrise über Asien hereinbrach.

Weiterhin besteht die Diskussion, ob nicht auch die Aufsichtsbehörden in Hongkong versagt hätten. Bei einer strengeren Kontrolle hätte Peregrine vielleicht nicht ca. 25% des eigenen Kapitals als Kredit für ein einziges Unternehmen ausgegeben. (AWSJ, 23./24.1.98) -schü-

35 Hongkonger Anleger in Vertrauenskrise

Am 25.1.1998 kündigte die Hongkonger Regierung an, daß sie den „Rettungsfonds“ für Verluste von Kleinanlegern zunächst von 480 Mio. HK-Dollar auf 780 Mio. HK-Dollar nahezu verdoppeln und möglicherweise sogar bis rd. 1 Mrd. HK-Dollar erhöhen werde. Hintergrund dieser Entscheidung ist der wachsende Vertrauensverlust von Investoren, die nach dem Zusammenbruch von Peregrine mit dem Konkurs eines weiteren Investmentunternehmens konfrontiert wurden. So mußte die C.A. Pacific Securities Ltd. ebenfalls Mitte Januar Konkurs anmelden, und es gab umfangreiche Demonstrationen der Kleinanleger, die Kompensation forderten.

Zunächst hatte die Regierung nicht vorgehabt, die Ausfälle der Kleininvestoren zu kompensieren, doch ließ der entsprechende Kommentar von Regierungschef Tung Chee Hwa (Dong Jian-

hua) die Kurse abstürzen und trieb die Kleinanleger in großen Scharen zu ihren Maklerbüros, um Anlagen zurückzufordern. Anleger befürchteten vor allem, daß ihre Aktien von den Finanzunternehmen, die den lokalen Maklerfirmen angeschlossen sind und die nicht der strengen Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde unterliegen, zur Aufrechterhaltung der Liquidität benutzt würden und daß sie ihre Investitionen verlieren würden. Auch hatten sie davor Angst, daß ihr Maklerunternehmen ebenfalls in Konkurs gehen könnte.

Nach den öffentlichen Protesten und der Befürchtung, daß ein allgemeiner Vertrauensverlust in den Finanzplatz Hongkong sich ausbreiten könnte, ergriff die Hongkonger Regierung die o.g. Aufstockung des „Rettungsfonds“. Aus diesem Fonds werden die Verluste der Anleger kompensiert, deren Anzahl sich auf mehrere 9.000 bis 11.000 Kunden belaufen soll.

Nach Angaben der Hongkonger Polizei sollen mehr als 1.300 ehemalige Kunden der C.A. Pacific Securities Ltd. mit Verlusten von rd. 280 Mio. HK-Dollar eine Klage gegen das Unternehmen erhoben haben. Bisher seien die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, und es stehe noch nicht fest, ob Betrug von seiten des Unternehmens vorläge. So besteht die Vermutung, daß C.A. Pacific Securities Kassakonten für Effektdifferenzgeschäfte benutzt hat.

Der Konkurs von C.A. Pacific Securities Ltd. zeigt nach Rafael Hui, Leiter für Finanzdienstleistungen der Kommission für Wertpapier- und Terminhandel, den Bedarf für eine zukünftige Regelung von Effektdifferenzgeschäften auf. Bisher war davon ausgegangen worden, daß das Hongkonger Finanzsystem aufgrund seiner umsichtigen Regelung des Bankensektors und des Wertpapiermarktes eine vergleichbare Krise mit enorm hohen faulen Krediten wie in Südkorea und Japan vermeiden könnte. Nunmehr werden Schlupflöcher und mögliche Problemfelder sichtbar, insbesondere im Bereich der Aktienfinanzierung.

So haben viele Hongkonger Wertpapierunternehmen ein Finanzunternehmen angegliedert, das für sie die Effek-

tendifferenzgeschäfte ausführt. Dieses ist ein lukratives Geschäft, bei dem die Kunden ihre Aktien für ein besichertes Darlehen verpfänden, um noch mehr Aktien zu kaufen. Sobald ein Kunde ein Konto für Effektdifferenzgeschäfte eröffnet hat, kann das Unternehmen die vom Kunden eingebrachten Aktien als Pfand für Bankkredite benutzen. Ergebnis sei, daß jeder Wertpapiermakler in Hongkong versucht, seine Kunden dazu zu überreden, ein Konto für Effektdifferenzgeschäfte zu eröffnen. Für C.A. Pacific Securities waren Effektdifferenzgeschäfte von besonderer Bedeutung - und unterlagen nicht der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde (AWSJ, 23./24.1. und 26.1.98; IHT, 23., 24./25.1. und 26.1.98; FT, 26.1.98)

Auch im Immobilienmarkt ist das Vertrauen der Anleger sichtbar geschrumpft. So war Mitte Januar 1998 Sino Land Co., eines der Erschließungsunternehmen mit der höchsten Verschuldung, unter Druck geraten, als Gerüchte von einer nicht erfüllten Kreditrückzahlung umliefen. Die Aktienpreise für das Unternehmen fielen an der Börse um 45% und zogen auch die restlichen Werte mit hinunter, bevor sie sich einige Tage später zumindest teilweise wieder erholten. (AWSJ, 19.1.98)

Die Aussichten für den Immobilienmarkt für 1998 werden als nicht besonders gut eingeschätzt. Zunächst wird damit gerechnet, daß die Preise am Anfang des Jahres weiter fallen und sich im Verlauf des Jahres lediglich auf einem niedrigeren Niveau stabilisieren. Bereits 1997 waren die Preise für Büroräume im Durchschnitt um 15% gefallen; die Mieten dagegen zogen um weitere 6% an. Die Preise für Immobilien sind einerseits durch die Ankündigung der Regierung abgerutscht, zusätzlich Flächen für den Wohnungsbau freizugeben, und andererseits durch die extrem hohen Zinsen. Da der Immobiliensektor mit rd. 20% zum Bruttoinlandsprodukt Hongkongs beiträgt, werden aufgrund der geringen Marktdynamik auch negative Auswirkungen für das Wachstumstempo erwartet. (AWSJ, 7.1.98; FAZ, 27.1.98) -schü-

37 Landfonds auf 1 Mrd. US\$ gestiegen

Macau

36 Exporte weiter im Aufschwung

Offiziellen Angaben der Macauer Statistikbehörde (Macao Census and Statistics Department) zufolge sind die Exporte der portugiesischen Enklave wertmäßig in den elf Monaten von Januar bis November 1997 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum weiter um 8,7% auf 15,5 Mrd. Patacas (umgerechnet rd. 1,94 Mrd. US\$) gestiegen. Auf der anderen Seite erhöhte sich der Importwert beim selben Vergleich um 3,3% auf 15,1 Mrd. Patacas (rd. 1,89 Mrd. US\$). Daraus ergab sich in der Bilanz ein Handelsüberschuß von 392 Mio. Patacas (49 Mio. US\$).

Während die Exporte von Kleidung und Textilien mit einem Anteil von 84,9% an den Gesamtexporten einen Zuwachs von 16,1% zu verzeichnen hatten, ging der Export von Nichttextilien um 19,8% zurück. Unter den Importgütern stieg die Einfuhr von Brennstoffen und Schmieröl um 6,9%, von Kapitalgütern um 5,6%, von Rohstoffen und Halbfertigwaren um 4,5%, die Einfuhr von Konsumgütern fiel hingegen um 0,8%.

77,7% der Exporte Macaus gingen in die USA und EU; 80,9% der Importe kamen aus der asiatisch-pazifischen Region. Nach Meinung der Direktorin des Macauer Economic Department, Maria Cesar, hat die Finanzkrise in Asien keinen großen Einfluß auf die Exporte Macaus. Denn, so Cesar, Macaus Exporte stützen sich hauptsächlich auf Kleidung und Textilien, die international unter dem Schutz von Quotensystemen stehen. Ferner meinte sie, daß die Hersteller in Macau die Waren pünktlich und in bewährter Qualität lieferten. Sie glaubt, daß die ausländischen Importeure Vertrauen zu Macaus Produkten hätten und nicht einfach wegen anderer Billigangebote „wackeln“ würden. (XNA, 16.1. und 6.2.98) -ni-

Der Landfonds für die zukünftige Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau unter chinesischer Souveränität erreichte nach einer Meldung der Tageszeitung *Macao Daily News* (nach XNA, 5.2.98) eine Höhe von fast 8 Mrd. Patacas (umgerechnet ca. 1 Mrd. US\$). Vor zehn Jahren haben die Regierungen Beijing und Lissabon nach Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung über Macau eine Sino-Portugiesische Landgruppe für die Liegenschaftsverwaltung des Territoriums gegründet. Die portugiesische Enklave wird gemäß dem Abkommen am 20. Dezember 1999 an China zurückgegeben. Bis dahin soll der Landfonds nach Angaben der chinesischen Leiterin der Landgruppe, Yang Runzhen, auf 10 Mrd. Patacas (rd. 1,25 Mrd. US\$) steigen, falls die zuständigen Behörden alle Verkaufssummen pünktlich einziehen können. Sie sagte, der Landfonds sei sehr wichtig für die Zukunft Macaus, da die Regierung bislang noch keinen Fonds von Finanzreserven habe. Die chinesische Seite achte daher besonders auf die Anlagen des Landfonds, die infolge der Ankopplung des Pataca an den Hongkong-Dollar und damit auch an den US-Dollar nicht von der Finanzkrise in Asien beeinflusst seien.

Wie in C.a. (1997/11, Ü 29) berichtet, verfügt Macau nach dem Stand vom August 1997 über rund 2,6 Mrd. US\$ Devisenreserven. Dem Minister (Secretary) für Soziales und Haushalt, José Alarcao Troni, zufolge hat die portugiesische Kolonialregierung keine direkten Schulden. Von den indirekten Schulden in Höhe von 400 Mio. Patacas (50,6 Mio. US\$) für die Bürgschaft der Investitionen des Flughafenbaus der Macao International Airport Company kann sie auch vor dem 20. Dezember 1999 befreit werden. Somit braucht sie beim Machtwechsel der neuen Regierung keinerlei Schulden zu hinterlassen (vgl. auch das Thema zu Macau in diesem Heft).

-ni-

Taiwan

38 Diplomatische Beziehungen mit der Zentralafrikanischen Republik abgebrochen

Zwischen der Zentralafrikanischen Republik und der VR China wurden am 29. Januar d.J. volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. Im Gemeinsamen Kommuniqué dazu anerkannte der afrikanische Staat Beijing als die „einzige legitime Regierung für Gesamtchina“. Taiwan sei eine Provinz der VR China, so heißt es weiter. (DGB, 1.2.98) Daraufhin erklärte das Außenministerium in Taipei am selben Tag sowohl den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Zentralafrikanischen Republik als auch die Einstellung sämtlicher Zusammenarbeit mit ihr. (ZYRB, 30.1.98)

Die Zentralafrikanische Republik hat bereits langjährige Erfahrungen mit der „Pendeldiplomatie“ zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße gemacht: Zunächst hatte sie 1962 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. 1964 anerkannte sie Beijing und brach die Beziehungen zu Taiwan wieder ab. 1966 erfolgte der umgekehrte Schritt: sie brach die Beziehungen zu Beijing ab und anerkannte 1968 die Regierung in Taipei zum zweiten Mal. Acht Jahre später, 1976, anerkannte sie erneut Beijing und brach die Beziehungen zu Taiwan ab. 1991 dann pendelte sie wieder von Beijing zu Taipei. Damit ist es diesmal der fünfte „Seitensprung“ der Zentralafrikanischen Republik in ihrer Chinapolitik.

Wie in C.a. (1997/12, Ü 44) berichtet, hat Taiwan Ende Dezember 1997 Südafrika im „chinesisch-chinesischen“ diplomatischen Kampf an Beijing verloren. Nun, nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Zentralafrikanischen Republik, wird die Republik China auf Taiwan nur noch von 28 Staaten anerkannt, und zwar von 15 in Lateinamerika, 8 in Afrika, 4 im Pazifischen Raum und 1 (der Vatikan) in Europa. -ni-